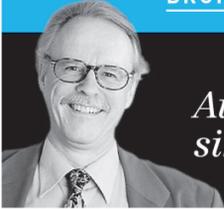


BRUNO S. FREY



Auszeichnungen sind sinnvoll

Kürzlich hat eine Kommission des Nationalrats vorgeschlagen, der Bundesrat solle sich Gedanken machen, wie man verdiente Schweizer ehren könne. In manchen Medien wurde dieser Vorschlag schlecht aufgenommen. So schrieb die «Neue Zürcher Zeitung» von einem «Rückfall ins Ancien Régime». Warum verleihen aber alle Länder der Welt ausser der Schweiz staatliche Auszeichnungen? Die USA vergeben zum Beispiel die Congressional Medal of Honor. Frankreich zeichnet mit der Légion d'Honneur aus, Italien mit dem Ordine al Merito della Repubblica Italiana.

Selbstverständlich sollte die Schweiz nicht alles nachahmen, was andere Länder tun. Jedoch darf etwas nicht vergessen werden: Anerkennung ist eine der wichtigsten Triebfedern menschlichen Handelns.

«Eine Auszeichnung führt zu einem Mehr an Einsatz und Loyalität»

Für viele Menschen ist Anerkennung in Form von Auszeichnungen sogar wichtiger als zusätzliches Geld. Auszeichnungen finden sich deshalb überall. In der Kunst wimmelt es von Preisen, Medaillen und Titeln wie dem Iffland-Ring. Die Verleihung der Oscars ist eines der wichtigsten Medienspektakel

des Jahres. In der Wissenschaft werden ebenfalls viele Auszeichnungen vergeben, etwa Ehrendoktorate. Auch in der Wirtschaft sind Auszeichnungen wichtig, etwa von McDonald's und Hotelketten. Vom Sport ganz zu schweigen.

Auszeichnungen haben gegenüber Geldanreizen verschiedene Vorteile. Mit ihnen lassen sich auch schlecht messbare und damit vage Leistungen, insbesondere das Lebenswerk, erfassen. In manchen Fällen ist eine monetäre Differenzierung unangebracht; sie kann die intrinsische Arbeitsmotivation untergraben und damit einen entscheidenden Anreiz etwa für Freiwilligenarbeit vernichten. Karitative Institutionen verleihen deshalb gerne Auszeichnungen, um die Freiwilligen zu loben und an sich zu binden. Geld ist nicht alles. Auszeichnungen sind jedoch auch kein Ersatz für Einkommen. Sie dürfen nicht zu freigiebig verliehen werden. Dennoch stellen sie eine sinnvolle Ergänzung zu Geld dar, die gemäss unseren Forschungen zu Mehreinsatz und Loyalität führt.

Bruno S. Frey ist Distinguished Professor an der Warwick Business School

BÜROHR

Franz Humer, Präsident des Verwaltungsrats von Roche, kann sich heuer ganz besonders auf Weihnachten und das neue Jahr freuen: Ehefrau Majo Fruithof gibt per 20. Dezember ihr in der Nähe des Zürcher Paradeplatzes gelegenes Juweliergeschäft auf, damit sie mehr Zeit für ihn hat. «Die Frau des internationalsten Schweizer Wirtschaftsführers und Geschäftsfrau zu sein, ist ein Spagat, der auf Dauer zur Belastung werden kann», sagt die in jeder Hinsicht eigenwillige Goldschmiedin. Einen ihrer opulenten Ringe trägt auch Alt-Bundesrätin Ruth Metzler. Die Schmuckgestalterin schuldet es ihren Kunden, zu denen sie oft freundschaftliche Beziehungen pflegt, auch samstags im Laden zu stehen. Eine Sechstageswoche ist die Regel. Breche sie diese, plagten sie Gewissensbisse, sagt sie. Franz Humer ist hingegen oft auf Auslandsreisen, auch wegen seiner anderweitigen Verwaltungsratsmandate (Citigroup, Diageo, Insead). «Nun bin ich in meiner Zeiteinteilung ungemein flexibel und kann mehr Zeit mit meinem Mann geniessen», sagt Majo Fruithof Humer, die sich gleich nach ihrer Lehre selbstständig gemacht hat. Das gut laufende Geschäft am jetzigen Standort führt sie seit 1998. Geheiratet hat sie 2004. Auf Liquidationsrabatte verzichtet sie aus Respekt gegenüber ihren Stammkunden.



Starkstromleitung: Der Netzausbau ist blockiert
FOTO: KEY

Streit um Netzausbau

Netzbetreiber fordern vom Bund mehr Stromspeicher – Swissgrid widerspricht

VON JÜRIG MEIER

AARAU Sei es der Bundesrat, der Verband der Schweizer Elektrizitätsversorger oder der nationale Netzbetreiber Swissgrid: Sie alle fordern vehement den Ausbau des Stromnetzes. Nur so könne der Atomausstieg geschafft und mehr Strom etwa aus Solaranlagen oder Windkraftwerken transportiert werden.

Das sieht der Dachverband der Schweizer Verteilnetzbetreiber anders. Vizepräsident Peter Lehmann fordert, dass die Schweiz insgesamt viel stärker auf die Speicherung von Strom setzt. Zum Verband gehören 500 lokale Stromfirmen, die rund zwei Millionen Konsumenten beliefern.

Ein Grund für Lehmanns Forderung: Der Ausbau des von Swissgrid betriebenen Stromübertragungsnetzes ist zurzeit blockiert. Dieses Netz transportiert etwa den Strom von grossen Kraftwerken zu den lokalen Verteilern. «Die Forderung der Swissgrid stimmt in der Theorie. Sie ist in der Praxis aber kaum umsetzbar», warnt Lehmann.

Bereits heute behindern Einsprachen von Privaten, Gemeinden und Kantonen den Ausbau. Der Bund prüft darum, die Verfahren zu verkürzen und Einsprachemöglichkeiten zu beschränken. Lehmann schlägt eine ande-

re Strategie vor. Künftig werde viel mehr Strom dezentral in kleinen Anlagen produziert werden. Zwar glaubt auch Lehmann, dass das Übertragungsnetz teilweise verstärkt werden muss. «Mit einem Ausbau der Stromspeicherung vor Ort sorgen wir aber dafür, dass der Ausbau des Stromnetzes deutlich reduziert werden kann.» Der Strom von Solaranlagen zum Beispiel würde besser vor Ort in Batterien geleitet und nicht ins Stromnetz eingespeist.

Aus Sicht Lehmanns sprechen auch Kostengründe für die Speicherung. Ein weiterer Ausbau der Solarenergie wird nämlich dazu führen, dass über Mittag eine gewaltige Strommenge anfallen wird, weil dann die Sonne am stärksten scheint. Soll das Stromnetz diese mittägliche Spitze aufnehmen, muss es laut Lehmann auf allen Ebenen «massiv ausgebaut» werden. In der restlichen Zeit hingegen wird es deutlich weniger gebraucht. «Wer soll das bezahlen?», fragt Lehmann.

Methanisierung als favorisierte Speicherlösung

Die nötigen Speichertechnologien gibt es laut Lehmann zwar, sie sind aber noch zu teuer. Er fordert darum, dass der Bund neu Speicherlösungen fördert und nicht nur grüne Produktionsanlagen wie Solarpanels oder Windräder.

Milliardenmarkt für ABB

ABB holt zum grossen Schlag gegen Erzrivale Siemens aus.

Der Schweizer Energieausrüster verkündete Anfang Monat, den weltweit ersten Leistungsschalter für die Hochspannungs-Gleichstromübertragung entwickelt zu haben – eine Erfindung, an der die Branche jahrzehntelang tüftelte. Der Schalter ermöglicht die Verbindung von bestehenden Gleichstromübertragungsnetzen, die erneuerbare Energien über weite Distanzen effizient integrieren, etwa von entlegenen Wind- und Wasserkraftwerken. Der Prototyp befindet sich laut ABB-Konzernleitungsmitglied Brice Koch in einem Labor im abgelegenen Norden Schwedens. In rund 18 Monaten soll der erste Kundentest erfolgen. Koch zufolge ist man unter anderem mit Interessenten aus Deutschland im Gespräch – Siemens' Heimmarkt. «Deutschland würde sich sehr gut eignen, da hier im Rahmen der Energiewende vier Gleichstromübertragungsnetze beschlossen wurden.» Verlaufe der Test erfolgreich, öffne sich ein Milliardenmarkt, so Koch. Mit Patenten auf den Schalter hat sich ABB bereits für künftige Lizenzvergaben an Mitbewerber in Position gebracht. (CHA)

Eine attraktive Speicherlösung ist laut Lehmann die Methanisierung. Dabei produzieren Anlagen mit überschüssigem Wind- oder Solarstrom synthetisches Methan, das ins Erdgasnetz gepumpt und dort gespeichert werden kann. Im Winter kann es schliesslich genutzt werden, um CO₂-neutral zu heizen oder um Strom zu produzieren.

Das ist keine Utopie. «Wir befassen uns mit diesem Thema», bestätigt Daniel Bächtold vom Verband der Erdgasindustrie. Die Gasgesellschaft Erdgas Zürich ist bereits aktiv. Die Methanisierung sei «vielversprechend», bestätigt Peter Dietiker, Bereichsleiter Erneuerbare Energien. Erdgas Zürich plant derzeit, eine Forschungs- und Pilotanlage in Dänemark zu unterstützen.

Swissgrid zeigt sich skeptisch. Im Interview mit der Sonntagszeitung gab deren Chef Pierre-Alain Graf kürzlich zu bedenken, dass die Speichertechnik noch nicht weit genug sei. Die Anlagen für die Speicherung von Gas oder Solarstrom etwa seien noch zu wenig effizient. «Heute ist eine gespeicherte Kilowattstunde Solarstrom noch immer sehr teuer.» Die ganze Welt forsche zwar an der Batterietechnologie. «Der Durchbruch lässt aber auf sich warten.» Darum wäre es gefährlich, mahnt Graf, auf den Ausbau von Leitungen zu verzichten.

Wirtschaft appelliert an Frauen und Linke

Der Dachverband Economiesuisse startet morgen Montag die Anti-Minder-Kampagne

ZÜRICH/BERN Selten waren die Meinungen im Vorfeld einer Abstimmung so früh so klar: In Meinungsumfragen sprechen sich über 70 Prozent für die Anti-Abzocker-Initiative von Thomas Minder aus. Den Gegnern bleiben drei Monate und ein Budget von acht Millionen Franken, um die Volksmeinung zu kippen.

Morgen startet der Wirtschaftsdachverband seine dreistufige Kampagne: Eine Lupe auf Plakaten soll die Leute in Phase eins dazu bringen, ihr Ja zur Minder-Initiative nochmals zu

überdenken. Dann werben eine Frau mit Strickmütze und ein Mann mit Bart – zwei klassische Vertreter des linksalternativen Lagers – für den Gegenvorschlag. Schliesslich sagen Unternehmer, warum die Initiative schädlich sei. «Wir wollen zeigen, dass Ja-Stimmen nicht gratis sind, sondern die Wirtschaft gefährden», so Kampagnenleiterin Ursula Fraefel. Entworfen wurden die Plakate von der Werbeanstalt in Zürich.

Minders Kampagnenleiter Claudio Kuster gibt sich gelassen: «Das Kleingedruckte ist den Leuten



Auf den Verstand statt auf den Bauch hören: Anti-Minder-Kampagne von Economiesuisse

egal. Es geht darum, ein Zeichen gegen die Abzockerei zu setzen.» Gestalterisch seien die Sujets gelungen, die Slogans aber teilweise missraten, sagt Politikberater Mark Balsiger, der nicht an der Kampagne beteiligt ist: «Wenn ein Hobbymodel sagt, es sei zuerst für die Abzockerinitiative gewesen, jetzt aber für den Gegenvorschlag, so ist das eine Nullaussage, weil die Begründung fehlt.» Nur mit inhaltlich überzeugenden Argumenten könne Economiesuisse den Umschwung schaffen.

GUIDO SCHÄTTI